



Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 400, 28.09.2011

Dringlichkeitsantrag der SPD und der Grünen: Transparenz in Ausschüssen und Deputationen weiterentwickeln

Provisorien müssen nicht ewig halten: Rot-Grün handelt

Tipps und Links aus dem Internet

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser unseres Newsletters "Bildung, Kinder und Jugend",*

die neue Legislatur ist nun angelaufen und die "normale" Arbeit hat bereits wieder mächtig Fahrt aufgenommen. Aus diesem Anlass und weil wir mit dem 400. Newsletter auch ein wenig die Gelegenheit nutzen wollen, zurück und voraus zu schauen, möchten wir uns mit diesem Newsletter an Sie direkt wenden: Wie gefällt Ihnen der Newsletter von seinem Aufbau und den Inhalten? Erscheint er aus Ihrer Sicht in angenehmen Abständen, zu häufig oder nicht häufig genug? Hätten Sie gerne weitergehende Informationen, etwa auch mehr über Aktionen und Veranstaltungen der Grünen auf Bundesebene? Was müsste aus Ihrer Sicht verändert werden, was gefällt Ihnen nicht oder besonders gut?

Wir wollen in Bewegung bleiben und dieses Medium gerne an die Bedürfnisse der Leserinnen und Leser anpassen. Daher würden wir uns sehr freuen, wenn Sie uns hierzu eine Rückmeldung geben könnten. Wir werden Lob, Anregungen und Kritik sammeln und ins unsere weiteren Planungen einbeziehen. Ihre Rückmeldungen können Sie an Tobias Erzmänn unter tobias.erzmann@gruene-bremen.de schicken.

Vielen Dank und viele Grüße von

*Sülmezz Dogan, Kirsten Kappert-Gonther, Linda Neddermann,
Stephan Schlenker und Tobias Erzmänn*

www.gruene-fraktion-bremen.de

Dringlichkeitsantrag der SPD und der Grünen: Transparenz in Ausschüssen und Deputationen weiterentwickeln

Zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode wurde der Grundsatz der Öffentlichkeit für alle parlamentarischen Ausschüsse und die Deputationen eingeführt. Dieses Verfahren hat sich in den vergangenen vier Jahren bewährt und vielen Bürgerinnen und Bürgern Einblicke in die Arbeit des Parlaments und der Verwaltung verschafft. Es soll daher fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Die meisten Ausschüsse der Bremischen Bürgerschaft haben inzwischen in ihren Verfahrensordnungen festgelegt, dass zeitgleich mit der Einladung an die Abgeordneten die Tagesordnung, die Protokolle und schriftliche Vorlagen auch ins Netz eingestellt werden, soweit sie nicht vertraulich behandelt werden sollen. Damit sind nicht nur die Sitzungen selbst öffentlich, sondern interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich auf den Besuch der Ausschüsse vorbereiten und frühere Sitzungen nachverfolgen.

Die Beschlüsse der Ausschüsse müssen nun zügig technisch umgesetzt werden. Gleichzeitig muss dieses Verfahren auch Anwendung auf die Deputationen finden. Für die Transparenz der parlamentarischen Arbeit und für die Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger darf es keinen Unterschied machen, ob in Ausschüssen oder Deputationen verhandelt wird.

Daher haben wir nun gemeinsam mit der SPD einen Dringlichkeitsantrag in die Bürgerschaft eingebracht, in dem der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft gebeten wird, gemeinsam mit der Bürgerschaftskanzlei das einheitliche Verfahren zur Veröffentlichung der Tagesordnungen, Vorlagen und Protokolle der parlamentarischen Ausschüsse auf der Internetseite der Bremischen Bürgerschaft zügig abzuschließen. Außerdem soll der Senat analog zu den Regelungen der Ausschüsse eine zeitnahe Veröffentlichung der Dokumente aus den jeweiligen Fachdeputationen auf den Internetseiten der jeweiligen Ressorts gewährleisten.

Den Dringlichkeitsantrag finden Sie hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/390/390968.antrag_transparenz_in_ausschuessen_und_d.pdf

Provisorien müssen nicht ewig halten: Rot-Grün handelt

Seit 32 Jahren ist das Kinder- und Familienzentrum als Notlösung nach dem Brand in einem ehemaligen Schulgebäude in der Langemarckstraße untergebracht, der bauliche Zustand lässt zu wünschen übrig. Gerade für den Kindergartenbereich stellt dies unzumutbare Arbeitsbedingungen dar, die baulichen Mängel führen zu Umwegen und dadurch zu erhöhtem Betreuungsaufwand. Der Spielplatz, sonst bei KTHs direkt auf dem Gelände gelegen, ist 100 Meter entfernt, jedes einzelne Kind muss von den BetreuerInnen begleitet werden.

Stephan Schlenker, kinderpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, hatte sich im Sommer über die Zustände in der Neustadt informiert und dazu eine Frage in der Fragestunde eingebracht (siehe Newsletter 396 vom 01.09.2011). Die Antwort des

Senats lässt hoffen: Sozialsenatorin Stahmann hat die Problemlage erkannt. Die Mängel sollen in Kürze abgestellt werden, damit die Betriebsabläufe sicherer und effizienter gestaltet werden können. Und es soll auf dem Standort ein Ersatzgebäude gebaut werden, jedoch sind Planungen dazu noch nicht abgeschlossen.

Tipps und Links aus dem Internet

"Inklusive Bildung - Fehlanzeige"

Interessante Daten und Informationen zur inklusiven Beschulung in den einzelnen Bundesländern finden Sie in einer Pressemeldung (inklusive zahlreicher Downloads) der Bertelsmann-Stiftung:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_109461.htm

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Sülmez Dogan, bildungspolitische Sprecherin
suelmez.dogan@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-210/248)



Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Deputation für Bildung - Stadt)
kirsten.kappert-gonther@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-165)



Dr. Stephan Schlenker, kinderpolitischer Sprecher
stephan.schlenker@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-168)



Linda Neddermann, jugendpolitische Sprecherin
linda.neddermann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-166)



Dr. Tobias Erzmann, Parlamentarischer Berater für Bildung, Kinder u. Jugend
tobias.erzmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-251)

Zum Ein- und Austragen aus dem Newsletter verwenden Sie bitte folgenden Link: <http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/rubrik/5/5601.newsletter.htm>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die
Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.